

wandte, ist der Widerstand gegen den Verfassungszusatz am größten. Oppositionsführer Thomas P. O'Neill meint, das Schulden-Verbot sei „gegen Arme und Angehörige des Mittelstands gerichtet“, weil damit vor allem die Sozialausgaben weiter reduziert werden sollen.

Viele Demokraten bestreiten die These, der Staatsanteil sei zu groß und an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise schuld.

Nobelpreisträger Paul A. Samuelson rechnet vor, der Staat gebe heute nach Abzug der Inflation weniger aus als 1965. Staatliche Defizite dürften außerdem nicht isoliert betrachtet werden. Gemessen an der Größe der Gesamtwirtschaft, so der Ökonom, sei das US-Haushaltsdefizit derzeit kleiner als in der Rezession 1975 und kleiner als in zahlreichen anderen Industriestaaten.

Samuelson bezweifelt überdies die schlimme Wirkung der Haushaltslöcher auf die Zinsen. Der Professor verweist auf die letzte Rezession, in der trotz des höheren Defizits die Realzinsen – gezahlte Zinsen abzüglich Preissteigerungsrate – negativ gewesen seien. Daß derzeit in den USA zweistellige Realzinsen zu zahlen sind, führt Samuelson eher auf die „überharte Geldpolitik“ der Notenbank zurück.

Sein Kollege James Tobin, jüngster Nobelpreisträger im Fach Wirtschaftswissenschaften, argwöhnt daher, daß mit dem Verfassungszusatz nur „gegenwärtig vorherrschende ökonomische Ansichten zementiert“ werden sollen. Der Keynes-Anhänger Tobin: „Obszön.“

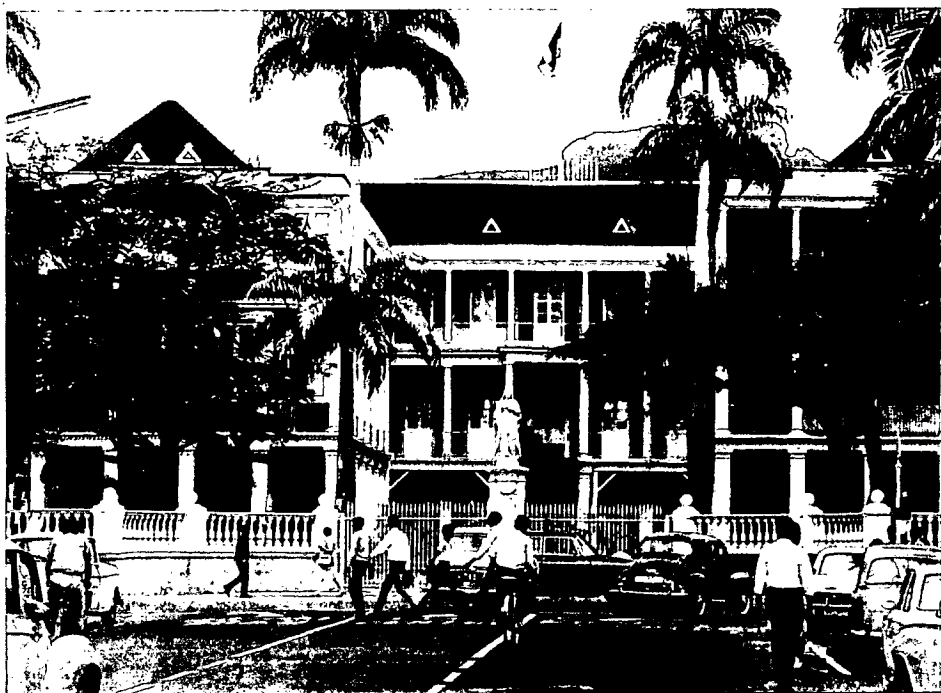
MAURITIUS

Nervöses Flattern

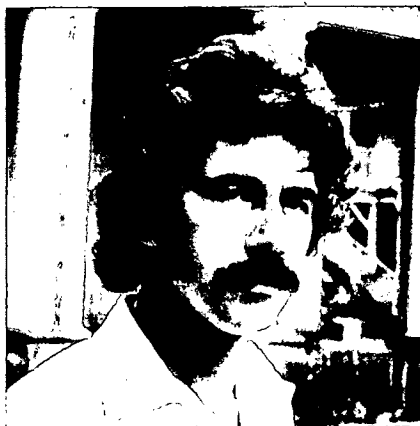
Die neue Linksregierung auf Mauritius im Indischen Ozean fordert die Räumung der US-Militärbasis Diego Garcia.

Der Vorgang ist einzigartig in der fast 20-jährigen Geschichte der „Organisation Afrikanischer Einheit“ (OAU): Auf Mauritius, der von knapp einer Million Menschen bevölkerten Zuckerinsel vor der afrikanischen Küste, hat das Volk und nichts als das Volk seine gewählte Regierung in demokratischen Wahlen durch eine neue Regierung ersetzt.

Nach 18-jähriger Amtsdauer muß der ehemalige OAU-Vorsitzende und Mauritius-Premier, Sir Seewoosagur Ramgoolam, 82, sein Amt an eine Linkskoalition unter der Führung des marxistischen Gewerkschafters Paul Béranger abtreten. Alle 60 Direktmandate auf der Hauptinsel gingen an die Allianz aus Sozialisten und Bérangers „Maurizischer Militanter Bewegung“ (MMM). Zwei Sitze fielen an eine lokale Splittergruppe auf der Nebeninsel Rodriguez. Sir See-



Mauritius-Hauptstadt Port Louis: Friedliche Wahl



Wahlsieger Béranger: Die Bande zum Westen lockern?

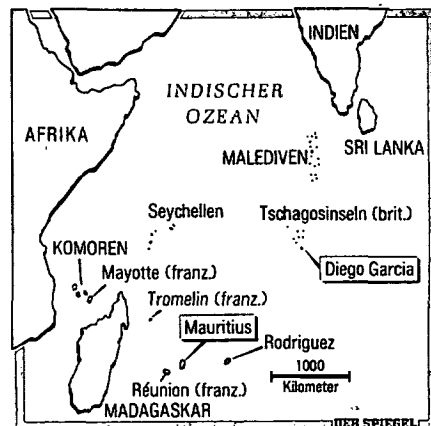
woosagurs Labour Party erhielt lediglich 8 von 70 Sitzen.

Revolutionsromantiker Béranger, der sich seine ersten revolutionären Impulse im Pariser Mai-Aufstand von 1968 holte, begnügt sich trotz seiner unbestrittenen Führerrolle mit dem Finanzressort. Denn: „Dort und nirgendwo anders ist die Macht.“ Premierminister wird der rote Rechtsanwalt Anerood Jugnauth.

Der Alt-Politiker Ramgoolam verlor unter anderem, weil die Inflationsrate auf der Insel bei 50, die Arbeitslosenquote bei 20 Prozent liegt. Gründe: der Zusammenbruch des Weltmarktpreises für Rohzucker und starke Einbrüche im Touristengeschäft.

Der Erfolg der Linken überrascht dennoch. Denn MMM-Chef Béranger ist Angehöriger der weißen Minderheit, von der sich die indische und kreolische Mehrheit der Inselbevölkerung stets ausgebeutet fühlte.

Kreole Gaetan Duval dagegen, Chef der Sozialdemokratischen Partei, der sei-



nen Wahlkampf betont sinnlich anlegte („Auf jeden Mann kommt eine Frau, und die wählt Sex-Power“), blieb wie Ramgoolam auf der Strecke.

Duval hatte schon während des Wahlkampfes das Unheil geahnt. „Wir werden verlieren“, sagte er in einem Interview, „aber ich werde nach Rodriguez gehen und einen eigenen Staat gründen“ – mit 30 000 Einwohnern.

Weil die politische Szenerie der friedlichen Insel nur begrenzt Konfliktstoff hergibt, wurde der Wahlkampf vorwiegend mit Außenpolitik bestritten.

Der Béranger-Block will die mauritische Wirtschaft aus der Abhängigkeit von Südafrika lösen, die Bande zum Westen lockern und vor allem die Insel Diego Garcia „zurückhaben“, die formell zum britischen Kolonialreich gehört, seit 1966 jedoch als Militärbasis an die Vereinigten Staaten verpachtet ist. Kein Wunder, daß der Linksruck auf Mauritius in westlichen Hauptstädten „ein nervöses Flattern“ (so der Londo-

ner „Observer“) hervorgerufen hat. Doch die Mauritier können sich einstweilen keine außenpolitischen Kraftakte leisten. Die fatale Wirtschaftslage zwingt zu vorsichtigem Taktieren – vor allem gegenüber dem wichtigen Handelspartner Südafrika.

Auch der politische Vorstoß in Richtung Diego Garcia verspricht auf mittlere Sicht kaum Aussicht auf Erfolg. Washington ist nicht bereit, über mauri-



Wahlverlierer Ramgoolam, Ehefrau
Die Macht an die Marxisten

zische Souveränitätsansprüche auf die wichtigste westliche Militärbasis im Indischen Ozean mit sich reden zu lassen – die von Mauritius viermal so weit entfernt ist wie Falkland von Argentinien.

Außerdem wird im Pentagon und in Downing Street befürchtet, daß Marxist Bérenger das unbewohnte Atoll nur von amerikanischer Besetzung „befreien“ möchte, um es der Sowjet-Union anzudienen, die am Indischen Ozean ohnedies schon über etliche Marine- und Luftwaffenbasen gebietet.

Selbst die sozialistische Regierung in Paris, der sich die neue Regierung in der Mauritius-Hauptstadt Port Louis zuneigt fühlt, beurteilt Bérengers Griff nach Diego Garcia skeptisch: Wenn Bérenger seine Forderung durchsetzt, könnten auch die französischen Besitzungen im Indischen Ozean – das Mauritius benachbarte Département Réunion, die Komoreninsel Mayotte und die Insel Tromelin – abdriften. ◆



Blätterrauschen

Wir haben nochmals ganz neue Beweise, warum Werbung im Telefonbuch so intensiv anspricht.

Kein Bestseller kann von sich behaupten, jedes Jahr in mehr als 25 Millionen Neuauflage gedruckt zu werden. Das Telefonbuch kann. Und wie emsig das Telefonbuch aufgeschlagen wird! Da geht ein Rauschen durch den Blätterwald. Das kommt der Werbung darin zugute.

Eine ganz neue Erhebung durch Schölzel, Kelkheim, beweist das.

Bei der Postreklame bekommen Sie ausnahmslos solche Ausnahme-Werbeträger mit hoher Aktualität: die Postämter, die Telefonhäuschen, die Postautos, die Briefe an Postkunden und die immerfrischen Postreklame-Adressen.

Postreklame – der Spezialist für Spezialaufgaben der Werbung.

Werbung für die Wirtschaft

Postreklame



Deutsche Postreklame GmbH · Postfach 162 45 · 6000 Frankfurt 16 · Tel. (0611) 26 821 · Telex 416 272 · Telefax (0611) 26 822 18